

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 03. März 2010

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 20 Stadtratsmitglieder. Stadtrat Schulz nahm an der Sitzung ab TOP 3 teil

Ferner waren anwesend: VAng. Zahn
VOAR Firmbach, Stadtkämmerer
VOAR A. Englert

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bürgerfragestunde

Während der Bürgerfragestunde wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen.

2. Billigung des Jahresabschlusses 2009 des Betriebs gewerblicher Art „Wasserversorgung“

Die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des städtischen BgA Wasserversorgung für 2009 samt Steuererklärungen wurden von der Kämmerei aus dem kameralen Abschluß entwickelt und erstellt; Herr Ertl vom BKPV hat am 18.02.2010 den Abschluß auftragsgemäß auf seine sachliche und rechnerische Richtigkeit hin überprüft. Im wesentlichen ergeben sich folgende Abschlußzahlen:

a) Gewinn- und Verlustrechnung; Konzessionsabgabe; Verlustvorträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2009 schließt mit einem Jahresgewinn von 24.839,00 € (Vorjahr: 23.844,00 €) ab. Dabei ist eine Konzessionsabgabe in Höhe von 22.452,05 € (Vorjahr: 22.837,30 €) bereits berücksichtigt. Vor Verbuchung der Konzessionsabgabe hätte sich ein steuerlicher Jahresgewinn von 47.291,05 € (Vorjahr: 46.681,30 €) ergeben. Es handelt sich also um den so genannten Mindestgewinn, der nach Abzug der Konzessionsabgabe steuerlich verbleiben muß.

Wie schon im Vorjahr konnte im Wirtschaftsjahr 2009 die rechnerisch mögliche Konzessionsabgabe i.H.v. 35.654,68 € nicht vollständig steuerlich erwirtschaftet und gewinnsenkend verbucht werden. Die Differenz zur vollen Konzessionsabgabe, das sind 13.202,63 €, kann in den nächsten fünf Jahren steuerlich nachgeholt werden. Steuerlich „verfallen“ sind im WJ 2009 keine Konzessionsabgaben, weil die Konzessionsabgaben der Jahre 2004 und 2005 steuerlich bereits vollständig ausgeschöpft werden konnten. Aus den WJ 2006 – 2009 bestehen noch 42.068,89 € nachholfähige Konzessionsabgaben.

Positiv beeinflusst wurde das Jahresergebnis zum einen durch die um 18.561,77 € erhöhten Auflösungen der Ertragszuschüsse und zum anderen durch die um 14.463,75 € auf 52.393,75 € gesunkenen Zinsaufwendungen. Hier ist anzumerken, daß der Zinssatz für die Kassen-schulden marktgerecht von 7% auf 5% gesenkt wurde. Erheblich belastet wurde das Jahresergebnis dagegen in der Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“. Hier waren Mehrkosten i.H.v. 33.847,33 € (+69,1%) zu verkraften. Angefallen sind diese Mehrkosten fast ausschließlich beim Leitungsunterhalt. Obwohl sich die Anzahl der Rohrbrüche nur von 13 auf 16 erhöht hat, haben sich Kosten für den Leitungsunterhalt von 26.029,53 € auf 56.537,66 € erhöht und damit mehr als verdoppelt.

Der bilanzierte Verlustvortrag ist infolge des Jahresgewinns 2009 um 24.839,00 € von 38.474,11 € auf 13.635,11 € gesunken. Der steuerliche Verlustvortrag ist schon seit dem Wirtschaftsjahr 2006 aufgebraucht.

b) Bilanz

Die Bilanz schließt zum 31.12.2009 in Aktiva und Passiva mit 1.775.924,76 € (Vorjahr: 1.805.861,34 €) ab. Der Verlustvortrag ist in Höhe von 13.635,11 € aktiviert. Das Anlagevermögen schließt mit 1.647.423,55 € (Vorjahr: 1.655.918,05 €) ab. Anlagen im Wert von 95.652,88 € (Vorjahr: 173.478,02 €) wurden erstmals aktiviert. Die im Vorjahr für die Investitionen in die Wasserpartnerschaft i.H.v. 159.309,06 € gebildete Bilanzposition „Anlagen im Bau“ wurde aufgelöst und wird ab 01.06.2009 abgeschrieben. Der Wertverzehr (Afa) des vorhandenen Vermögens betrug 104.147,38 € (Vorjahr: 107.138,16 €). Das Umlaufvermögen erreicht einen Wert von 114.866,10 € (Vorjahr: 107.979,63 €). Das Eigenkapital ist mit 511.119,62 € (Vorjahr: 511.119,62 €) unverändert bilanziert. Die Ertragszuschüsse, im Wesentlichen staatliche Zuwendungen und Herstellungsbeiträge der Bürger, haben von 140.710,87 € auf 162.504,50 € zugenommen. Zum einen wurde der Investitionskostenanteil der Stadt Klingenberg an den Kosten Wasserpartnerschaft i.H.v. 43.027,08 € passiviert; gleichzeitig wurden die Ertragszuschüsse i.H.v. 21.233,45 € (Vorjahr: 2.671,68 €) aufgelöst. Infolge eines technischen Tabellenfehlers, der erst im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 von der Kämmerei festgestellt wurde, mußten die Ertragszuschüsse zum 01.01.2009 nachträglich um 102.166,01 € erhöht werden. Dadurch entstehen in den nächsten 10 Jahren entsprechend erhöhte Auflösungen der Ertragszuschüsse. Die Rückstellungen werden in Höhe von 2.347,43 € (Vorjahr: 3.537,00 €) passiviert. Die Verbindlichkeiten haben von 1.150.493,85 € auf 1.099.953,21 € abgenommen. Davon entfallen 263.482,77 € (Vorjahr: 283.618,16 €) auf äußere Schuldenaufnahmen und 836.470,44 € (Vorjahr: 866.875,69 €) auf die inneren Kassenschulden. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten bestehen wie im Vorjahr keine.

a) Wasserverkauf

Im Verbrauchszeitraum 10/2008 – 09/2009, welcher der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung 2009 zugrunde liegt, wurden insgesamt 199.495 m³ Wasser verkauft. Die verkaufte Wassermenge hat sich somit gegenüber dem Vorjahr (200.827 m³) um 1.332 m³ (Vorjahr: -6.610 m³) bzw. um 0,66% (Vorjahr: -3,2%) verringert. Im Verbrauchszeitraum 10/2005 – 09/2006 konnten noch 219.439 m³ Wasser verkauft werden. Seither ist die verkaufte Wassermenge um 9,1% gesunken.

b) Wassergebühren

Die Wassergebühren werden kostendeckend für einen mehrjährigen (i.d.R. 4-jährigen) Zeitraum kalkuliert. Die letzte Änderung erfolgte zum 01.10.2006 für den Kalkulationszeitraum 2006 – 2009. Seither beträgt die Wassergebühr 1,80 €/m³. Im Vorjahr lag der Durchschnitt im Landkreis Miltenberg bei 1,99 €/m³ (4,17 €/m³ max. Gemeinde Eichenbühl; 0,64 €/m³ min. Gemeinde Großwallstadt).

c) Wassergebühreumsätze netto

Auch die Wassergebühreumsätze waren in 2009 wieder rückläufig. In den Jahren 1999 - 2008 lagen sie bei 337.843,46 €, 335.764,45 €, 330.904,88 €, 329.349,00 €, 396.035,51 €, 397.079,14 €, 387.738,24 €, 388.489,76 €, 388.124,00 € und 374.316,46 €; 2009 erreichten sie eine Summe von 370.834,42 € (-3.482,04 € bzw. -0,9%).

d) Wasserförderung, Wasserverlust

Im Verbrauchszeitraum 10/2008 – 09/2009 wurden insgesamt 239.008 m³ Wasser gefördert (Vorjahr: 231.867 m³). Dies entspricht einer Zunahme von 3,1% (Vorjahr: -5,2%). Abzüglich des betrieblichen Eigenverbrauchs von 10.073 m³ (z.B. für die Filterspülungen und Hochbehälterreinigungen) ergibt sich eine Restanlieferung von 228.935 m³ (Vorjahr: 222.778 m³).

Der Restanlieferung steht eine Restabgabe in Höhe von 201.500 m³ (Vorjahr: 201.887 m³) gegenüber. Es ergibt sich somit ein rechnerischer Wasserverlust von 27.435 m³ (Vorjahr: 20.891 m³) bzw. von 12,0%. Der Wasserverlust ist damit gegenüber dem Vorjahr wieder leicht gestiegen. Er ist zwar nicht zufrieden stellend, aber insgesamt noch vertretbar.

Nach der internen Statistik des städtischen Wasserwerts wurden in 2009 insgesamt 16 Rohrbrüche (2008: 13; 2007: 15; 2006: 21) festgestellt, geortet und behoben.

Der Stadtrat faßt folgende Beschlüsse:

Der Stadtrat billigt den Jahresabschluß für den BgA „Wasserversorgung“ für das Geschäftsjahr 2009. Er beschließt ferner, daß

- a) etwaige Kassenverbindlichkeiten mit 5,0% p.a.,
- b) etwaige Kassenforderungen mit 3,0% p.a. zu verzinsen sind.

3. Vorstellung und Billigung des Jahresabschlusses 2008 des Betriebs gewerblicher Art „Freizeiteinrichtungen“

Die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des städtischen BgA „Freizeitanlagen“ für 2008 wurde unmittelbar nach Legung der Jahresrechnung 2008 am 18.03.2009 von der Kämmerei aus dem kameralen Abschluß entwickelt und nach Mitteilung der maßgeblichen Zahlen für die einheitliche und gesonderte Feststellung des Finanzamtes für die EZV GmbH & Co. KG am 01.10.2009 vorläufig fertig gestellt. Endgültig fertig gestellt werden konnte der vorläufige Jahresabschluß 2008 durch die Kämmerei allerdings erst am 12.02.2010, nachdem die Vermögensrechnung 2008 durch die Fa. Röder Kommunalberatung GmbH erstellt und geprüft war, welche die Grundlage für die Anlagennachweise und die Nachweise der Ertragszuschüsse bildet. Diese hatte sich erheblich verzögert, weil die Kämmerei mit Blick auf die Einführung der Doppik die Liegenschaften komplett neu erfassen und bewerten mußte. Herr Ertl vom BKPV hat am 18.02.2010 den Jahresabschluß 2008 und die vorbereiteten Steuererklärungen auftragsgemäß auf ihre sachliche und rechnerische Richtigkeit hin überprüft.

a) Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2008 schließt mit einem Jahresgewinn nach Steuern von 124.155,11 € ab. Im Vorjahr wurde noch ein Jahresgewinn von 375.938,17 € eingefahren. Die Ursache dieser Ergebnisverschlechterung um 251.783,06 € ist einzig auf der Umsatzseite zu finden. Dort ist die Position sonstige Erträge von 696.519,21 € auf 444.436,81 €, also um 252.082,40 € zurückgefallen. Dies liegt zum einen daran, dass die G+V-Rechnung 2007 infolge eines Einmaleffekts im Bereich der Beteiligungseinnahmen um 152.574,62 € günstiger gestaltet werden konnte. Es wurden nämlich die in den Vorjahren von der EZV KG einbehaltenen Jahresüberschüsse in selbiger Höhe als Forderungen aus Beteiligungen aktiviert und als Erlöse Ergebnis verbessernd gebucht. Zum anderen sind die Beteiligungseinnahmen aus dem WJ 2007 der EZV KG von 442.457,46 € auf 351.186,65 € gesunken.

Getragen wird dieses insgesamt positive Ergebnis praktisch ausschließlich durch die sonstigen Erträge, die mit insgesamt 444.436,81 € zur Gesamtleistung beisteuern, in denen auch Zinserträge i.H.v. 86.629,65 € (4,07%) für die Kassenforderungen gegenüber der Stadt enthalten sind. Dagegen tragen die Umsatzerlöse mit 18.522,70 € (Vorjahr: 12.444,14 €) nur unwesentlich zur Gesamtleistung bei. Die Mehraufwendungen bei den Positionen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe i.H.v. 11.628,02 €, Abschreibungen i.H.v. 33.155,53 € und sonstigen Aufwendungen i.H.v. 13.862,92 € konnten weitestgehend durch Einsparungen bei den Positionen Zinsen i.H.v. 24.244,36 € und Steuern vom Einkommen i.H.v. 36.577,76 € wettgemacht werden.

Die Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Zweifachsporthalle schlagen sich im Ergebnis der G+V-Rechnung nur zum Teil nieder, weil die Sporthalle erst zum 01.06.2008 in Betrieb gegangen ist. Deshalb sind z.B. die Abschreibungen mit einem Betrag von 55.942,43 € nur anteilig in das Ergebnis eingeflossen. Im kommenden WJ 2009 wird der Jahresgewinn deshalb weiter zusammen schmelzen.

b) Bilanz

Die Bilanz schließt zum 31.12.2008 in Aktiva und Passiva mit 8.696.265,40 € (Vorjahr: 7.197.384,93 €) ab. Der Gewinnvortrag ist in Höhe von 1.939.014,25 € (Vorjahr: 1.814.859,14 €) passiviert.

Das Anlagevermögen schließt mit 5.466.582,20 € (Vorjahr: 2.984.545,92 €) ab und hat infolge der Investitionen in die 2-fach-Sporthalle und das Hallenbad und der Bodenwertzugänge im Zuge der Liegenschaftsneubewertung zum 31.12.2008 nach Abschreibungen (92.022,25 €) noch einmal kräftig zugenommen (+2.482.036,28 €). Auf die Position „Anlagen im Bau“ entfallen 340.384,69 € (Vorjahr: 1.598.075,68 €). Das Beteiligungsvermögen ist wie im Vorjahr mit 887.365,09 € aktiviert.

Der Anteil des BgA „Freizeiteinrichtungen“ am „ausgeschütteten“ Jahresüberschuß der EZV GmbH & Co. KG aus dem WJ 2008 in Höhe von 351.186,65 € wurde in der Bilanz bislang unter Beteiligungen als noch „auszuschüttender Jahresüberschuß“ (= Forderung) aktiviert, weil dieser erst in 2009 dem BgA zugeflossen, steuerlich und wirtschaftlich aber dem BgA-WJ 2008 zuzurechnen ist. In gleicher Weise wurden bislang die nicht ausgeschütteten Jahresüberschußanteile der EZV GmbH & Co. KG der WJe 2004 – 2006 in Höhe von insgesamt 144.192,08 € aktiviert. Da es sich bei beiden Bilanzpositionen um Forderungen gegenüber der EZV KG handelt, wurden diese Positionen im Rahmen des Jahresabschlusses in das Umlaufvermögen umgesetzt.

Das Umlaufvermögen (ausschließlich aus Forderungen bestehend) erreicht infolge der investitionsbedingt weiter abfallenden Kassenforderungen an die Stadt einen Wert von nur noch 2.342.318,11 € (Vorjahr: 3.325.473,92 €). Die Forderungen an die Stadt betragen nun 1.687.964,54 € (Vorjahr: 2.652.880,31 €; Vorvorjahr: 3.774.498,86 €). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen i.H.v. 92.890,00 €. Hierin enthalten sind 7.290,00 € rückständige Hallenmieten und 85.600,00 € offene staatliche Baukostenzuschüsse. Erstmals werden im Umlaufvermögen die Forderungen aus Beteiligungen aktiviert. Zum 31.12.2008 bestanden gegenüber der EZV KG Ausschüttungsansprüche i.H.v. 495.378,73 €. Davon wurden im WJ 2009 bereits 371.280,00 € ausgeschüttet. Der restliche Posten des Umlaufvermögens entfällt auf die sonstigen Forderungen in Höhe von 66.084,84 €. In dieser Position sind zum einen die sog. Abzugssteuern der EZV KG in Höhe von 58.140,03 € enthalten, die beim BgA „Freizeiteinrichtungen“ nur durchlaufen und deshalb in der Position „sonstige Verbindlichkeiten“ in gleicher Höhe passiviert sind. Zum anderen ist der KöSt/SoliZu-Erstattungsanspruch 2007 i.H.v. 7.944,81 € aktiviert, der dem BgA infolge des steuerlich möglichen Verlustrücktrages auf 2007 (-30.122 €) zufließen wird.

Das Eigenkapital ist um 1.498.839,74 € auf 4.416.566,43 € (Vorjahr: 2.917.726,69 €) gestiegen. Zum einen wurden staatliche Baukostenzuschüsse in Höhe von 1.031.000,00 € als „Rücklagen aus Staatszuschüssen“ passiviert. Zum anderen wurde im Zuge der Neubewertung des Liegenschaftsvermögens das Anlagevermögen im Bereich der Grundstücke i.H.v. +467.839,74 € komplettiert; dieser Betrag wurde unter der Position „Offene Rücklagen“ passiviert. Innerhalb des Eigenkapitals wurden bisher in den offenen Rücklagen geführte staatliche Zuschüsse für die Hallenbadsanierung i.H.v. 467.500 € in die zutreffende Position „Rücklagen aus Staatszuschüssen“ umgegliedert. Die offenen Rücklagen im Eigenkapital betragen nunmehr 2.669.866,43 € und die Rücklagen aus Staatszuschüssen erreichen einen Betrag von 1.746.700,00 €.

Der Bilanzgewinn ist um den Jahresgewinn von +124.155,11 € auf nun 1.939.014,25 € (Vorjahr: 1.814.859,14 €) angewachsen. Die für den Bau der Zweifachsporthalle eingegangenen Spenden wurden im Vorjahr in Höhe von 19.026,00 € als Ertragszuschüsse passiviert und im Wirtschaftsjahr 2008 i.H.v. 332,00 € aufgelöst. Die im Vorjahr i.H.v. 38.107,00 € gebildeten Steuerrückstellungen wurden aufgelöst. Gleichzeitig wurden neue Rückstellungen für interne und externe Bilanzherstellungskosten sowie für Aufbewahrungsverpflichtungen i.H.v. 2.800,00 € neu gebildet. Verbindlichkeiten bestehen zum einen gegenüber der EZV GmbH & Co. KG in Höhe der dortigen Abzugssteuern (Kapitalertragssteuer, Zinsabschlagssteuer, Solidaritätszuschlag), das sind 58.140,03 €. Zum anderen belaufen sich die Bankschulden (für die 2-fach-

Sporthalle) auf 2.259.383,46 €. Gegenüber dem Finanzamt bestand zum 31.12.2008 eine Verbindlichkeit aus Kapitalertragsteuer/Solidaritätszuschlag i.H.v. 1.667,23 €, die allerdings ohne Festsetzung blieb und deshalb im WJ 2009 aufgelöst wird. Insgesamt bestanden zum 31.12.2008 Verbindlichkeiten i.H.v. 2.319.190,72 € (Vorjahr: 2.407.666,10 €).

c) Gewinn-/Verlustvorträge

Seit dem 31.12.2006 besteht kein steuerlicher Verlustvortrag mehr, der mit den jährlichen Verlusten des BgA „Hallenbad“ verrechnet werden könnte, soweit die Beteiligungseinnahmen diese übersteigen. Dieser Umstand führte in den WJ 2006 und 2007 erstmals dazu, daß die BgA „Hallenbad“ bzw. „Freizeiteinrichtungen“ Körperschaftssteuern zahlen mußten.

Im WJ 2008 ergibt sich steuerlich ein negatives zu versteuerndes Einkommen i.H.v. 30.122 €, das als Verlust auf das WJ 2007 zurück übertragen wird und dort das zu versteuernde Einkommen nachträglich senkt, was zu einer Erstattung von Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag i.H.v. 7.944 81 € führt. Zum 31.12.2008 verbleibt somit kein steuerlicher Verlustvortrag.

d) Badegebührenumsätze

Die Badegebührenumsätze erreichen eine Summe von 8.753,01 € netto (Vorjahr: 12.444,14 €; 2006: 16.386,01 €; 2005: 22.363,62 €) und waren damit weiter stark rückläufig. Auf den öffentlichen Badebetrieb entfällt dabei ein Betrag von 3.738,78 € (Vorjahr: 4.960,75 €; 2006: 5.313,38 €; 2005: 8.419,03 €). Die Umsätze aus Vermietung und Verpachtung (Schule, Vereine u. VHS) erreichen einen Betrag von 5.014,23 € (Vorjahr: 7.483,39 €; 2006: 11.072,63 €; 2005: 13.944,59 €).

e) Sporthallenmietumsätze

Sporthallenmieten sind erstmals i.H.v. 9.595,00 € angefallen. Davon entfallen auf den unternehmerischen Bereich (Vereine usw.) 2.305,00 € und den hoheitlichen Bereich (Schulen) 7.290,00 €. Da die Zweifachsporthalle erst seit dem 01.06.2008 zur Nutzung zur Verfügung steht, ist in den Folgejahren mit zusätzlichen Erlösen zu rechnen.

Der Stadtrat faßte folgende Beschlüsse:

Der Stadtrat billigt den Jahresabschluss für den BgA „Freizeiteinrichtungen“ für das Geschäftsjahr 2008. Er beschließt ferner, dass

- a) etwaige Kassenverbindlichkeiten mit 5,0% p.a.,
- b) etwaige Kassenforderungen mit 3,0% p.a. zu verzinsen sind.

Für das WJ 2008 beträgt der Zinssatz für die Kassenforderungen ausnahmsweise 4,07%; dies entspricht dem Durchschnittzinssatz des eingesetzten Fremdkapitals.

4. Ausbesserung des Gehwegs in der Birkenstraße

In seiner Sitzung vom 18.01.2010 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, Angebote für eine Erneuerung der Deckschicht des nordwestlichen Gehwegs in der Birkenstraße einzuholen. In seinem jetzigen Zustand ist dieser Gehweg völlig verbraucht und stellt auch angesichts der schwachen Straßenbeleuchtung ein nicht unerhebliches Unfallrisiko dar.

Folgende Angebote für eine entsprechende Reparatur liegen vor:

Fa. Josef Stix, Stockstadt:	15.666,35 €
Fa. KBF, Frammersbach	25.910,70 €
Fa. Klemens Schork, Wörth	27.205,28 €

Unabhängig voneinander haben alle Bieter erklärt, daß auch technischer Sicht eine Erneuerung auch der Tragschicht notwendig ist, um das kurzfristige Auftreten erneuter Schäden auszuschließen. Hierfür wurden folgende Preise genannt:

Fa. KBF, Frammersbach	25.850,73 €
Fa. Josef Stix, Stockstadt:	28.293,44 €
Fa. Klemens Schork, Wörth	47.218,78 €

Allerdings würde die Realisierung dieser Variante das Entstehen von Ausbaubeiträgen für die Anlieger auf beiden Straßenseiten auslösen. Der Bau- und Umweltausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 23.02.2010 prinzipiell für die umfassende Sanierung des Gehweges ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt, einige offene technische und beitragsrechtliche Fragen zu klären.

Zur beitragsrechtlichen Situation gab Bgm. Dotzel eine erste Übersicht über die zu erwartende Verteilung der beitragsfähigen Kosten. Er verwies darauf, daß ein Verzicht auf Ausbaubeiträge weder rechtlich möglich noch in Hinblick auf andere städtische Maßnahmen gerechtfertigt ist.

Bei der inhaltlichen Überprüfung der Angebote hat sich gezeigt, daß diese nur bedingt miteinander vergleichbar sind, da die Firmen unterschiedliche Annahmen insbesondere zum Umfang auszutauschender Bord- und Leistensteine zugrundegelegt haben.

Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, unter Zuziehung des Ingenieurbüros Hoßfeld+Fischer eine neutrale Ausschreibung der Gesamtmaßnahme durchzuführen.

5. Erweiterung der Kindertagesstätte „Rasselbande“ – Ermächtigung zur Vergabe von Bauaufträgen

Für die Erweiterung der Kindertagesstätte „Rasselbande“ um eine weitere Krippengruppe werden derzeit für die allermeisten Gewerke die jeweiligen Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Submissionstermin ist der 15.03. Um den angestrebten raschen Baubeginn zu ermöglichen, sollten die ersten Aufträge bereits vor der nächsten geplanten Sitzung des Stadtrates am 31.03.2010 vergeben werden. Die Verwaltung hat deshalb um Ermächtigung zur Vergabe folgender Gewerke gebeten:

- Erd-, Maurer- und Betonarbeiten (Kostenberechnung: 96.100 €)
- Zimmerarbeiten (Kostenberechnung: 27.000 €)
- Dachdeckungsarbeiten (Kostenberechnung: 27.300 €)

Der Stadtrat beschloß, dem zu folgen, sofern je Gewerk mehrere Angebote vorliegen und der Rahmen der Kostenberechnung eingehalten ist.

6. Gründung eines Schulverbundes mit den Nachbarstädten Erlenbach a. Main und Klingenberg a. Main zur Schaffung einer gemeinsamen Mittelschule

Ab dem Schuljahr 2010/2011 besteht die Möglichkeit für bisherige Hauptschulen den Status einer Mittelschule zu erlangen, wenn sie ein entsprechendes Bildungsangebot vorhalten können, das den Schülerinnen und Schülern den Weg zu einem mittleren Bildungsabschluß ebnet. In Regionen, in denen Hauptschulen aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen nicht in der Lage sind, diese Angebotsvielfalt abzubilden und/oder perspektivisch in ihrer Existenz bedroht sind, können verschiedene Kommunen Schulverbünde bilden, um ein gemeinsames Angebot zu etablieren.

Die Stadt Wörth a. Main hat bereits im Februar 2008 mit den Städten Klingenberg und Erlenbach eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Hauptschulen geschlossen. Aufgrund der bekannten Entwicklung in der Schullandschaft des Landkreises Miltenberg hat sich diese Zusammenarbeit bewährt und sollte daher mit der Bildung eines jetzt möglichen Schulverbundes und der damit verbundenen Einrichtung einer gemeinsamen Mittelschule unter Beibehaltung der bisherigen Schulstandorte dauerhaft gefestigt werden. Hierzu ist sowohl der Abschluß einer kommunalen Zweckvereinbarung der Sachaufwandsträger als auch einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Schulen notwendig.

Das zur Umsetzung erforderliche Gesetz, auf dessen Grundlage auch ein Muster einer Zweck- und Kooperationsvereinbarung beruhen wird, sowie die Muster für die Vereinbarungen liegen

bisher nicht vor. Nach den der Verwaltung vorliegenden Informationen soll den Kommunen über die Verteiler der kommunalen Spitzenverbände ein Informationspaket mit allen wichtigen Informationen zugehen, sobald der Gesetzentwurf durch den Ministerrat verabschiedet wurde. Diese Verabschiedung erfolgte am 23.02.2010.

Die Schulleiter der drei Hauptschulen haben sich bereits am 07.12.2009 zu einem Planungsgespräch zur möglichen Konzeption einer Mittelschule Erlenbach-Klingenberg-Wörth getroffen und ihre Vorstellungen abgeglichen. Am 10.02.2010 fand dann ein gemeinsames Gespräch der drei Bürgermeister unter Beteiligung der jeweils verantwortlichen Verwaltungsmitarbeiter statt. Dabei wurde verabredet, die notwendigen Schritte einzuleiten, um ab Beginn des kommenden Schuljahres eine gemeinsame Mittelschule realisieren zu können.

Es wurde folgender Zeitplan festgelegt:

- Bis Mitte März:
Fassung von Grundsatzbeschlüssen in den jeweiligen Stadträten
- Unmittelbar danach:
Information und Arbeitsauftrag an die Schulen zur Erarbeitung einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung
- Unmittelbar danach:
Gemeinsames Schreiben an das Staatliche Schulamt mit dem Hinweis auf den vorgesehenen Schulverbund
- Schnellstmöglich:
Klärung von Detailfragen mit Festlegung der Aufgabenverteilung zwischen Schulen und Sachaufwandsträgern.
- Bis Ende Juni:
Vorbereitung einer Kommunalen Zweckvereinbarung und Beschlußfassung in den Gremien
- Bis Ende Juli:
Abschluß einer Kommunalen Zweckvereinbarung
- 14.09.2010:
Beginn des Mittelschulbetriebes

Voraussetzung für das weitere Vorgehen ist jedoch die grundsätzliche Zustimmung der jeweiligen Stadträte zur Bildung eines Schulverbundes.

Stadtrat Jens Marco Scherf verwies auf die Chancen der neuen Mittelschule insbesondere in Hinblick auf die spätere Ausbildungsfähigkeit der Schüler in der gewerblichen Wirtschaft, aber auch auf mögliche Gefahren, etwa eine zu befürchtende organisatorische Trennung von Grund- und Hauptschulen.

Weitere, von verschiedenen Stadtratsmitgliedern angesprochene Fragen (z.B. Schülertransport, differenzierte Ausstattung der Schulgebäude) müssen im weiteren Verfahren noch geklärt werden.

Der Stadtrat stimmt der Bildung eines Schulverbundes mit den Städten Klingenberg und Erlenbach im Bereich der Hauptschule grundsätzlich zu, um über die Schaffung einer gemeinsamen Mittelschule bereits zum Schuljahr 2010/2011 den Schulstandort für die gesamte Region zu sichern und die Angebotsqualität zu steigern. Die Verwaltung wird ermächtigt die Vorbereitungen zum Abschluß einer entsprechenden Kommunalen Zweckvereinbarung mit den Beteiligten zu treffen. Die Vereinbarung selbst soll dann zunächst im Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales vorgestellt werden.

7. Hochwasserschutzmaßnahme „Alt-Wörth“ – Schlußbericht des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg

Unter dem 01.07.2009 hat das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg den Schlußbericht für die (staatliche) Hochwasserschutzmaßnahme Alt-Wörth erstellt. Darin wird bescheinigt, daß die einschlägigen Vergabevorschriften eingehalten, die Maßnahme gemäß dem geprüften und

genehmigten Entwurf bzw. der geprüften und genehmigten Tekturplanungen ausgeführt und die genehmigten Gesamtkosten eingehalten wurden. Damit ist die Baumaßnahme auch formell abgeschlossen.

Der Stadtrat nahm hiervon Kenntnis.

8. Abschluß eines Betriebsführungsvertrages „Kanalisation“ mit dem Abwasserverband Main-Mömling-Elsava

Der Abwasserverband Main-Mömling-Elsava hat seinen Mitgliedsgemeinden den Abschluß eines Betriebsführungsvertrages für das gesamte Kanalisationsnetz angeboten. Kerninhalt des Angebots ist die komplette Betriebsführung auch für das bislang von der Stadt selbst unterhaltene innerörtliche Netz (Hausanschlüsse, Hauptleitungen, einige Überlaufbauwerke). Die Vergütung des Verbands würde dabei nach tatsächlichem Aufwand erfolgen.

Die Übertragung der Betriebsführung würde insbesondere die umfangreichen Nachweis- und Dokumentationspflichten auf den Abwasserverband verlagern und Haftungsrisiken für die Stadt minimieren.

Die Notwendigkeit eines Vertragsschlusses wurde von einigen Stadtratsmitgliedern grundsätzlich in Frage gestellt, da die Stadt neben dem eigentlichen Rohrnetz nur zwei Bauwerke betreibt. Weitere Kritikpunkte waren die Kündigungsregelungen im Vertragsentwurf sowie die vorgesehenen Laufzeiten.

In seiner Sitzung vom 10.02.2010 hatte der Stadtrat beschlossen, die Entscheidung über den Abschluß des Betriebsführungsvertrages zurückzustellen und die Verwaltung beauftragt, den Geschäftsführer des Verbandes zur Beantwortung der offenen Fragen in den Stadtrat einzuladen. Dieses Gespräch hat am 01.03.2010 stattgefunden. In einem Zeitraum von zwei Stunden wurden alle Aspekte des Betriebsführungsvertrages erörtert. Dabei wurde vereinbart, den strittigen Passus zur Entschädigungspflicht im Kündigungsfalle ersatzlos zu streichen, da er einerseits rechtlich reichlich unbestimmt ist, andererseits ein unzumutbares Risiko für den Fall einer Beendigung des Vertragsverhältnisses darstellt. Zudem wurden noch einige redaktionelle Verbesserungen erreicht.

Der Stadtrat stimmte dem Abschluß des Betriebsführungsvertrages mit dem Abwasserverband für die Dauer von zunächst 5 Jahren zu.

9. Anfragen

- Stadtrat Dreher regte an, die im Bau- und Umweltausschuß am 23.02.2010 vorgestellten Ergebnisse der Untersuchung zum Nahwärmekonzept mit den weiteren Beteiligten (Kirchengemeinde, Caritas, DJK) zu erörtern, um ein abgestimmtes weiteres Vorgehen zu ermöglichen. Stadtrat Lenk bat um eine Präsentation im Stadtrat. Beiden Anliegen soll gefolgt werden.
- Auf Anfrage von Stadtrat Petermann gab Bgm. Dotzel bekannt, daß der Betrieb der Schiffsliegestelle Sache der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ist. Die Stadt selbst hat keinen eigenen Einfluß darauf, welche Schiffe dort wie lange vor Anker liegen.

Wörth a. Main, 09.03.2010

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer